

Donnerstag, 26.11.2020, 18:18 Uhr

Haushaltsausschuss gibt 25 Millionen Euro bis 2025 für Besucherzentrum und museal-pädagogisches Konzept

Bund fördert Gedenkstätte Stalag



Zum Gedenken im Oktober besuchte Ministerpräsident Armin Laschet (Mitte) die Gedenkstätte mit Landtagspräsident André Kuper (links) und Geschäftsführer Oliver Nickel. Foto: Monika Schönfeld

Schloß Holte-Stukenbrock - Der Ausbau der Gedenkstätte Stalag 326 zu einer von internationaler Bedeutung hat die erste Hürde genommen. Der Bund gibt in den nächsten fünf Jahren rund 25 Millionen Euro. Von Monika Schönfeld

Bei einem Besuch der Gedenkstätte Stalag 326 in Stukenbrock-Senne hatte Bundespräsident Joachim Gauck 2015 gesagt, dass es darum geht, „die zweitgrößte Opfergruppe

des Zweiten Weltkrieges aus dem Erinnerungsschatten herauszuholen“. Dazu soll der Erinnerungsort zu einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung ausgebaut werden. Diesem Ziel ist man einem großen Schritt näher gekommen. Die Machbarkeitsstudie, die der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) in Auftrag gegeben hat, rechnet mit 200.000 Besuchern pro Jahr. Das Gelände der Gedenkstätte am Lippstädter Weg soll vom Gelände der Polizeischule abgekoppelt werden, um den Zugang zu erleichtern.



Antikriegstag 2020: Fast 16.000 Namen toter Kriegsgefangener aus dem Stalag 326 Stukenbrock-Senne sind auf den Stelen mit Vaternamen, Geburts- und Sterbedatum versehen. Weitere Namen werden auf weiteren Stelen verewigt. Foto: Monika Schönfeld

MEHR ZUM THEMA

[Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock](#)

Erinnerungsort weist in die Zukunft

[Gedenkstätte Stalag 326: Antrag zum Ausbau am Dienstag gestellt](#)

Es gibt keinen Plan B

[Stalag 326: Studenten lassen sich vom Geist des Ortes einfangen](#)

Spuren der Unmenschlichkeit

Ähnlichkeiten und Unterschiede der Gedenkstätten Stalag 326 und Bergen-Belsen

So wird Geschichte zugänglich

„Als Mitglied im Haushaltsausschuss habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir 25 Millionen Euro Bundesmittel für dieses wichtige Projekt erhalten. Die Gedenkstätte Stalag 326 muss als gemeinsames Projekt der Region kooperativ mit dem LWL, der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock, dem Kreis Gütersloh sowie dem Land NRW umgesetzt werden“, sagt Christian Haase.

Achim Post und Wiebke Esdar, Haushalts- und Finanzexperten der SPD-Bundestagsfraktion, hatten sich in Berlin beharrlich für die Förderung dieses Ausbaus eingesetzt. Die Mittel stammen aus dem Kulturetat des Bundeskanzleramts. „Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen gehört zu den größten Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und ist noch immer kaum bekannt“, sagt Achim Post. Die Dokumentation der Geschichte und die Nachkriegsgeschichte des Stalag 326-Geländes ermöglichen einen Lernprozess über den Umgang mit der Vergangenheit. „Was Menschen hier ertragen mussten, bleibt für immer fester Bestandteil der deutschen und europäischen Geschichte. Es ist und bleibt unsere Verantwortung, den dort zu Tode gekommenen Kriegsgefangenen ihre Namen und, soweit möglich, ihre Biografien und damit ihre Individualität zurückgeben und somit ein würdiges Totengedenken ermöglichen.“

Antikriegstag 2020: Zum Gedenken legen die Menschen rote Nelken auf die Grabsteine auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter.

Antikriegstag 2020: Zum Gedenken legen die Menschen rote Nelken auf die Grabsteine auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter. Foto: Monika Schönfeld

Günter Garbrecht, ehemaliger Landtagsabgeordneter und Sprecher der regionalen Arbeitsgruppe im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“: „Gemeinsam mit allen Unterstützern vor Ort, beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Landtagspräsidenten André Kuper und der Landesregierung NRW geht es jetzt an die Realisierung der Gedenkstätte. Wir bekommen in Ostwestfalen einen Ort, der einlädt zum Nachdenken über Geschichte und an dem aktiv die Verständigung mit Menschen aus den ehemaligen Feindstaaten weiter entwickelt wird. Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die historische Forschung werden dazu beitragen, für eine friedvolle Zukunft mit ehemaligen Kriegsgegnern Perspektiven im europäischen Zusammenhang zu stärken.“

Carsten Linnemann: „Wir können nicht genug Orte wie diesen schaffen. Orte, an denen wir uns daran erinnern, dass die grausamen Verbrechen des Nationalsozialismus im Kern alle dieselbe Wurzel hatten. Nämlich die Überzeugung, ein Mensch sei einem anderen Menschen überlegen. Unser aller Aufgabe ist es, diesen Irrglauben in unserem gegenwärtigen Alltag konsequent aufzuspüren und ihm mit aller Entschiedenheit unmittelbar zu begegnen. So verstehe ich die Botschaft des Stalag 326.“

Neben der Zusage der Bundesförderung geht es jetzt um die finanzielle Beteiligung des

Landes NRW. Landtagspräsident André Kuper ist Vorsitzender des Lenkungskreises für die Entwicklung der Gedenkstätte. „Mit der positiven Beurteilung der 300-seitigen Machbarkeitsstudie durch die Bundesgedenkstättenkommission und Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat unser Gedenkstättenprojekt eine Expertenempfehlung bekommen. Ich freue mich, dass die Abgeordneten des Bundestags dieser Empfehlung gefolgt sind. Nun hoffen wir auf die Co-Finanzierung des Landes NRW, um an die Realisierung zu gehen.“

Kommentar

Es zeugt von Größe, dass der Bundestag die Gedenkstätte nicht zugunsten anderer Projekte zurückstellt. Denn die Herausforderungen sind während der Corona-Pandemie vielfältig. Die Milliarden, mit denen Unternehmen unterstützt werden müssen und auch sollen, müssen ja irgendwo herkommen. Und andere Projekte verlangen auch, berücksichtigt zu werden.

Um so mehr darf man sich freuen, dass die Jahrzehnte der Arbeit von Werner Busch, Oliver Nickel, Manfred Büngener und den vielen Ehrenamtlichen gewürdigt wird. Der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock ist ausdrücklich eingeschlossen. Das Gedenken an Kriegsfolgen mit der Herabwürdigung von Menschen, Vertreibung und dem Verlust der Heimat und die demokratische Erziehung sind aktueller denn je. Dass Schloß Holte-Stukenbrock weiter einen derart umfangreichen Beitrag leisten darf, ist eine Verpflichtung für die Zukunft.